

**Stellungnahmen der Ausschüsse und Ortsbeiräte zur Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 2. November 2016**

Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Vorlagen der Verwaltung

- | | | |
|--------------------|--|--|
| 16/SVV/0496 | Bebauungsplan Nr. 12 "Bornim-Gutsstraße", 2. Änderung
Aufstellungsbeschluss | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen und Verkehr</u>
einstimmige Zustimmung |
| 16/SVV/0497 | Bebauungsplan Nr. 11 "Bornim-Hügelweg", 4. Änderung
Aufstellungsbeschluss | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen und Verkehr</u>
einstimmige Zustimmung |
| 16/SVV/0514 | Bebauungsplan Nr. 7 "Innenbereich" (OT
Groß Glienicke),
Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung
und Ergänzung, Teilbereich An der
Sporthalle | <u>Ortsbeirat Groß Glienicke</u>
einstimmige Zustimmung

<u>Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen und Verkehr</u>
einstimmige Zustimmung |
| 16/SVV/0515 | Änderung der Geschäftsordnung des
Gestaltungsrates der Landeshauptstadt
Potsdam | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen und Verkehr</u>
Zustimmung 5:0:2

<u>Hauptausschuss</u>
Zustimmung 14:0:4 |
| 16/SVV/0522 | Städtebaulicher Vertrag zur baulichen
Entwicklung des Grundstücks Am
Havelblick 8 (Alter Landtag) | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen und Verkehr</u>
Zustimmung 4:0:3

<u>Hauptausschuss</u>
einstimmige Zustimmung |
| 16/SVV/0523 | Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen
zu Bauleitplan- oder anderen
Satzungsverfahren nach BauGB | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen und Verkehr</u>
einstimmige Zustimmung

<u>Ortsbeirat Eiche</u>
einstimmige Zustimmung |
| 16/SVV/0524 | Fortschreibung des Lokalen Teilhabeplans
der Landeshauptstadt Potsdam | <u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales
und Inklusion</u>
einstimmige Zustimmung |
| 16/SVV/0528 | Bebauungsplan Nr. 80.3 "Rote Kaserne
West" - Abwägung und
Satzungsbeschluss | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen und Verkehr</u>
Zustimmung 5:0:1 |

16/SVV/0529 Beschluss der Novelle der Potsdamer
Baumschutzverordnung (PBaumSchVO)

Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen und Verkehr – 27.09.16
Zustimmung 5:2:0 mit folgender
Änderung:

Der dem Beschluss zur Novelle der PBaumSchV als **Anlage 1** beigefügte Satzungsentwurf **wird in folgenden Punkten geändert:**

- § 2 Abs. 2 lit. h wird wie folgt, gefasst:

Die untere Naturschutzbehörde kann Parkanlagen und ähnliche Einrichtungen, die unter geeigneter fachlicher Leitung stehen, auf Antrag von der Anwendung dieser Verordnung ausnehmen. Mit den Antragsunterlagen soll ein Pflegekonzept für den beantragten Bereich vorgelegt werden.

- Im § 3 Schutzgegenstand Absatz (2) ist der Anstrich a) zu ändern:
Geschützt sind Bäume mit einem Stammumfang von mindestens **45 cm**;

+ Äa Fraktion DIE aNDERE vom 05.10.2016

Ausschuss für Klima, Ordnung,
Umweltschutz und ländliche
Entwicklung (ff) – 06.10.16

- Äa Fraktion DIE aNDERE vom
05.10.2016 abgelehnt

- Zustimmung 6:1:0 mit folgenden
Änderungen/Ergänzungen (teilweise
aus dem Ausschuss für
Stadtentwicklung, Bauen und
Verkehr übernommen):

Der dem Beschluss zur Novelle der PBaumSchV als **Anlage 1** beigefügte Satzungsentwurf **wird in folgenden Punkten geändert:**

- § 2 Abs. 2 lit. h wird wie folgt, gefasst:

Die untere Naturschutzbehörde kann Parkanlagen und ähnliche Einrichtungen, die unter geeigneter fachlicher Leitung stehen, auf Antrag von der Anwendung dieser Verordnung ausnehmen. Mit den Antragsunterlagen soll ein Pflegekonzept für den beantragten Bereich vorgelegt werden.

- § 3 Abs. 2, Punkt a) wird wie folgt neu gefasst:

(2) Geschützt sind:

- a) Bäume mit einem Stammumfang von mindestens **45 cm im noch zu definierenden Innenbereich und 60 cm im noch zu definierenden Außenbereich**; dies gilt auch für die Baumarten Esskastanie, Edeleberesche, Walnuss und Baumhasel.

- § 6 Abs. 3 ist folgender Zusatz einzufügen:

Die Genehmigung ergeht unbeschadet privater Rechte Dritter und anderer behördlicher Verwaltungsakte. Bei vorhabenbedingten Genehmigungen sollen diese an die jeweilige Zulassung des Vorhabens gebunden werden.

alle Ortsbeiräte:

Ortsbeirat Neu Fahrland
zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Eiche
einstimmige Zustimmung mit
folgender Änderung:

Im § 2 Absatz 2 der Potsdamer Baumschutzverordnung ist der **Buchstabe h)** „Bäume in öffentlichen Parkanlagen und innerhalb von Gartendenkmalen“ **zu streichen.**

Ortsbeirat Grube
zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Groß Glienicke
Zustimmung 5:0:1

Ortsbeirat Marquardt
Zustimmung 2:0:1

Ortsbeirat Uetz-Paaren
einstimmige Zustimmung

Ortsbeirat Fahrland
28.09.16 - zurückgestellt

Ortsbeirat Golm
einstimmige Zustimmung

Ortsbeirat Satzkorn
Zustimmung 2:1:0

16/SVV/0535 Neufassung Entgeltordnung Potsdam
Museum - Forum für Kunst und
Geschichte

Ausschuss für Finanzen
einstimmige Zustimmung

Ausschuss für Kultur und
Wissenschaft (ff)
Zustimmung 6:0:1

16/SVV/0540 Regelungen für den Beteiligungsrat im
Rahmen der Verstetigung des
Modellprojekts "strukturierte
Bürgerbeteiligung in Potsdam"

Hauptausschuss
Zustimmung 13:0:5 mit der
Änderung in Ziffer 1 wie folgt:

1. Der Beteiligungsrat hat 17 Mitglieder und wird für die Dauer von 2 Jahren gewählt.

Er setzt sich wie folgt zusammen:

- dreizehn Bürgerinnen und Bürger der Stadt Potsdam, davon eine/ein Vertreterin/Vertreter im Alter von 16 bis **27** Jahren,
...

- | | | |
|--------------------|---|--|
| 16/SVV/0541 | Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 144 "Dortustraße/Hoffbauerstraße (Stadtkanal)" | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr</u>
einstimmige Zustimmung |
| 16/SVV/0542 | Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 36-2 "Leipziger Straße / Brauhausberg", Teilbereich Leipziger Straße / Am Havelblick | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr</u>
einstimmige Zustimmung |
| 16/SVV/0564 | Maßnahmenplan zur Sicherung und Aktivierung von gewerblichen Potenzialflächen | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr</u>
einstimmige Zustimmung |
| | | <u>Hauptausschuss</u>
Zustimmung 17:0:1 |

Wiedervorlagen aus den Ausschüssen – Vorlagen der Fraktionen

- | | | |
|--------------------|--|--|
| 16/SVV/0218 | Kinder- und Gewaltschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte | <u>Jugendhilfeausschuss – 23.06.16</u>
einstimmige Zustimmung mit einer Ergänzung im 1. Satz des Beschlusstextes wie folgt: |
|--------------------|--|--|

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Kinder- und Gewaltschutzkonzept zu erarbeiten, das verbindliche Standards für die Gewaltprävention **speziell** in Gemeinschaftsunterkünften formuliert.

...

Ausschuss für Gesundheit und Soziales
einstimmige Zustimmung mit einer Ergänzung im 1. Satz des Beschlusstextes wie folgt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Kinder- und **Gewaltschutzkonzept unter Berücksichtigung der Bedarfe von besonders Schutzbedürftigen** zu erarbeiten, das verbindliche Standards **und dazu erforderliche Maßnahmen** für die Gewaltprävention in Gemeinschaftsunterkünften formuliert.

...

- | | | |
|--------------------|---|--|
| 16/SVV/0366 | Entwicklung des Modal Split

+ neue Fassung vom 08.09.2016 | Rücküberweisung aus der StVV vom 14.09.16: |
|--------------------|---|--|

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr
einstimmige Zustimmung zur neuen Fassung vom 08.09.16 sowie zusätzlicher Änderung im letzten Satz wie folgt:

...

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sind bis Dezember 2016 ~~erste Zwischenergebnisse/vorliegende Ergebnisse~~ **Leitsätze und Vorgehensweisen** vorzustellen.

16/SVV/0387 Trichinenuntersuchung - Afrikanische Schweinepest (ASP)

Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung
Zustimmung 4:2:0 mit folgender Ergänzung:

Ab dem 01.08.2016 wird für das auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) erlegte Schwarzwild der Altersklassen 0 und 1 der eingereichte Wildursprungsschein als Antrag auf Gebühren und Auslagenbefreiung von der Trichinenuntersuchungsgebühr gewertet.

Diesem Antrag ist pauschal **für die nächsten zwei Jahre** stattzugeben.

Ausschuss für Finanzen (ff)

Zustimmung 5:2:0 zum ergänzten Beschlusstext des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung und der Aktualisierung des Datums im 1. Satz:

Ab dem ~~01.08.2016~~ **01.11.2016** wird für das auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) ...

16/SVV/0397 Verzicht auf Abriss des Mercure

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr
abgelehnt 2:5:0

Hauptausschuss
zurückgezogen

16/SVV/0400 Änderung der Kinderspielplatzsatzung

Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung
Zustimmung 5:0:1 mit geänderter Terminstellung:

...

Der Entwurf einer überarbeiteten Kinderspielplatzsatzung ist der Stadtverordnetenversammlung bis spätestens Ende des Jahres ~~2016~~ **ersten Quartals 2017** zuzuleiten.

Hauptausschuss

Zustimmung 14:1:0 zur geänderten Terminstellung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen und Verkehr
Zustimmung

Ausschuss für Bildung und Sport
Zustimmung mit folgenden
Änderungen:

- 10.01.2017: Termin bleibt im Sitzungskalender bestehen, **wird jedoch voraussichtlich entfallen**
- 14.02.2017: **Verlegung des Termins auf den 21.02.2017**, des Weiteren soll hier eine **gemeinsame Sitzung des JHA und des Ausschusses für Bildung und Sport** erfolgen
- 18.07.2016: **Verlegung des Termins auf den 11.07.2017**
- 19.12.2017: **Verlegung des Termins auf den 12.12.2017**

Ausschuss für Finanzen
Zustimmung 5:0:2 mit folgender
Ergänzung:

Das Büro der Stadtverordnetenversammlung soll grundsätzlich die Ferien von Ausschusssitzungen freihalten.

Ausschuss für Gesundheit und
Soziales
einstimmige Zustimmung mit
folgender Änderung:

**Die Sitzung am 10.01.2017 entfällt.
Die Sitzung vom 18.04.2017 wird auf den 25.04.2017 verschoben.**

Ausschuss für Klima, Ordnung,
Umweltschutz und ländliche
Entwicklung
einstimmige Zustimmung

Ausschuss für Kultur und
Wissenschaft
einstimmige Zustimmung mit
folgender Änderung:

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft empfiehlt, keine Sitzungen in den Sommerferien stattfinden zu lassen.

Ausschuss für Eingaben und
Beschwerden
Zustimmung 7:0:1

Jugendhilfeausschuss
einstimmige Zustimmung mit

folgender Ergänzung:

Am 21.02.2017 wird eine zusätzliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses in den Sitzungskalender aufgenommen.

Rechnungsprüfungsausschuss
Einstimmige Zustimmung mit
folgender Ergänzung:

Die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 02.11.2017 wird gestrichen.

Hauptausschuss – siehe Anlage 1

alle Ortsbeiräte – siehe Anlage 2

16/SVV/0419 Räume für Deutschunterricht für
Flüchtlinge

Ausschuss für Bildung und Sport
Einstimmige Zustimmung mit
folgender Ergänzung im 1. Satz des
Beschlusstextes:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, zu prüfen, inwieweit Räume (**z.B. Schulen, die MBS-Arena, die Volkshochschule, Stadtteilhaus Scholle**) in der näheren Umgebung der Flüchtlingsunterkunft in der Zeppelinstraße 55 zu Unterrichtszwecken für die Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden können.

...

Ausschuss für Gesundheit, Soziales
und Inklusion (ff)
zur Kenntnis genommen

16/SVV/0426 Standort für den Ruderverein "Vineta"

Ausschuss für Bildung und Sport
Zustimmung 6:0:1

Ausschuss für Klima, Ordnung,
Umweltschutz und ländliche
Entwicklung
Zustimmung 4:1:1

Ortsbeirat Neu Fahrland – 09.08.16
Einstimmig abgelehnt

Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen und Verkehr (ff) – 27.09.16
Einstimmige Zustimmung mit
Änderung/Ergänzung des 1. Satzes
des Beschlusstextes wie folgt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob ein Standort für den ehrenamtlichen Ruderverein "Vineta" **im Norden Potsdams (z.B. am nördlichen Ufer von Neu Fahrland, am Fahrländer See, in Sacrow oder Groß Glienicke** realisiert werden kann....

<p>16/SVV/0456 Leitlinie für die Werbung im Innenstadtbereich</p>	<p><u>Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung</u> Punkt 1 des Beschlusstextes wird 2:2:3 abgelehnt</p> <p>Zustimmung 6:1:0 zum Punkt 2 des Beschlusstextes</p> <p><u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr (ff)</u> Zustimmung 6:0:1 ohne Punkt 1 des Beschlusstextes</p>
<p>16/SVV/0467 Lichtkonzept für Potsdam schrittweise umsetzen</p>	<p><u>Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung</u> Zustimmung 6:0:1</p> <p><u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr (ff)</u> Zustimmung 5:1:1</p>
<p>16/SVV/0468 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan "Ketziner Straße / An der Jubelitz" (OT Fahrland)</p>	<p><u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr</u> Einstimmige Zustimmung</p> <p><u>Ortsbeirat Fahrland</u> Zustimmung 4:0:3</p>
<p>16/SVV/0476 Schiffsanlegestelle "Am Hinzenberg"</p>	<p><u>Ausschuss für Finanzen</u> Einstimmige Zustimmung mit folgender Ergänzung:</p>
<p>Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob für den Schiffsanleger "Am Hinzenberg" eine leistungsstarke Landstromversorgung installiert werden kann und wie hoch eine Refinanzierung durch Erhöhung der Anlegegebühren wäre. Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im Januar 2017 vorzulegen.</p>	
<p>16/SVV/0493 Sauberheitskampagne in Potsdam</p>	<p><u>Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung</u> Einstimmige Zustimmung</p> <p><u>Hauptausschuss</u> Zustimmung 17:0:1 zum ergänzten Beschlusstext des Ausschusses für Finanzen</p>

Hauptausschuss

Zustimmung 17:0:1 mit folgender Ergänzung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Sauberheitskampagne in Potsdam zu initiieren.

Ziel der Kampagne sollte es sein, humorvoll und ohne erhobenen Zeigefinger für Sauberkeit unserer Stadt zu werben. Hierzu sind die verschiedenen Bereiche der Verwaltung (z. B. Abfall, Grünfläche, Ordnungsamt), die Potsdamer Wohnungsbauunternehmen sowie die stadtteigenen Gesellschaften als Beteiligte einzubeziehen.

Die Kampagne soll noch im Jahr 2017 beginnen.

Umsetzungsmöglichkeiten sind dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung im März 2017 zu berichten.

16/SVV/0549 Jan Bouman Haus

Ausschuss für Kultur und Wissenschaft

einstimmige Zustimmung mit folgenden Änderungen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, ~~„dafür Sorge zu tragen, dass~~ **zu prüfen, wie** der Jan Bouman Haus e.V. weiter bei der Erhaltung der öffentlichen Zugänglichkeit des Museums und bei der Grundfinanzierung unterstützt wird, indem der Vertrag mit der Landeshauptstadt Potsdam aus den 90er Jahren heutigen Gegebenheiten angepasst ~~wird~~ **werden kann**.

Über das Ergebnis der dazu zu führenden Gespräche ist die Stadtverordnetenversammlung bis Dezember 2016 zu informieren.

Hauptausschuss

einstimmige Zustimmung zum geänderten Beschlusstext des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

16/SVV/0550 Wohnungstauschzentrale für Potsdam

Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Zustimmung 6:0:1 mit folgenden Änderungen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Umsetzung des Wohnungspolitischen Konzepts der Landeshauptstadt zügig die Voraussetzungen für die Einrichtung einer Wohnungstauschzentrale für die Stadt zu schaffen.

Ziel soll dabei sein, ~~unter Regie~~ **gemeinsam mit** der Stadt und ~~bei~~ **unter** Beteiligung aller Wohnungsunternehmen und Beiräten ~~eine zentrale Anlaufstelle einzurichten~~ **ein Konzept zu erstellen**, mit ~~der~~ **dem** der Tausch von Wohnungen erleichtert und befördert wird.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im ~~Januar~~ **März** 2017 über den Stand zu informieren.

Hauptausschuss

Zustimmung 17:0:1 zum geänderten Beschlusstext des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

16/SVV/0551 Uferweg Speicherstadt

Ausschuss für Finanzen
einstimmige Zustimmung mit
folgenden Änderungen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, ~~in einer~~ **eine** detaillierten ~~Untersuchung~~ die ~~Mindestkosten~~ **Kostenschätzung** für den Bau des Uferweges hinter dem Wasserwerk in der Speicherstadt festzustellen. Dazu sind Gespräche mit dem Umweltministerium und dem Bauministerium zu führen, um Hindernisse für eine Förderwürdigkeit zu vermeiden.
Die Stadtverordnetenversammlung ist im ~~Dezember~~ **März** 2017 über den Stand zu informieren.

Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen und Verkehr (ff)
einstimmige Zustimmung zur
Beschlussempfehlung des
Ausschusses für Finanzen und
weiteren Ergänzungen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in einer **Vorplanung** die **minimierten Kosten** für den Bau des Uferweges hinter dem Wasserwerk in der Speicherstadt festzustellen. Dazu sind Gespräche mit dem Umweltministerium und **Fördermittelgebern** zu führen, um Hindernisse für eine Förderwürdigkeit zu vermeiden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im **März 2017** über den Stand zu informieren.

Eine Preisindikation der Kosten ist der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2016 mündlich zur Kenntnis zu geben.

16/SVV/0552 Erhalt der Touristen-Information im
Potsdamer Hauptbahnhof

Hauptausschuss
einstimmige Zustimmung zu der von
der Antragstellerin vorgelegten
neuen Fassung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **im Prozess der Erarbeitung des Tourismuskonzeptes für die Landeshauptstadt Potsdam zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Touristen-Information im Hauptbahnhof erhalten werden kann.**

Das Ergebnis der Prüfung ist mit dem Tourismuskonzept im Januar 2017 der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

16/SVV/0553 Aufsichtsrat für die Potsdam Marketing
und Service GmbH

Hauptausschuss
Zustimmung 17:0:1 zu folgenden
Änderungen/Ergänzungen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 7. Dezember 2016~~ **im Januar 2017 mit der Vorlage des Tourismuskonzeptes für die Landeshauptstadt Potsdam einen Vorschlag vorzulegen, ob und wie** ~~zur Bildung eines Aufsichtsrates für die Potsdam Marketing und Service GmbH vorzulegen~~ **gebildet werden soll.**

16/SVV/0561 Schulsozialarbeit an allen öffentlichen
Potsdamer Schulen

Ausschuss für Finanzen
einstimmige Zustimmung zur neuen
Fassung vom 07.09.16

neue Fassung vom 07.09.16

Ausschuss für Bildung und Sport
Zustimmung 6:0:1 zur neuen
Fassung vom 07.09.16

Jugendhilfeausschuss (ff)
einstimmige Zustimmung zur neuen
Fassung vom 07.09.16



Büro der
Stadtverordnetenversammlung

Potsdam, 2. November 2016

KONSENSLISTE zur Tagesordnung der 24. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 2. November 2016

- | | | |
|------|--|--|
| 9.8 | Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung der Landeshauptstadt Potsdam 2016/2017
16/SVV/0615 | Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
Konsensliste: überweisen
JHA, B/Sp. |
| 9.11 | Weg vom Gehweg - Schutz vor Abgasemissionen beim Parken
16/SVV/0620 | Fraktion SPD
Konsensliste. überweisen
KOUL |
| 9.15 | Bebauungsplan Nr. 21 "Gewerbepark Babelsberg", 1. Änderung, Abwägung und Beschluss zur 2. Auslegung
16/SVV/0630 | Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
Konsensliste: überweisen
SBV |
| 9.18 | Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten auf BAB-Abschnitten und der Nuthestraße
16/SVV/0619 | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Konsensliste: überweisen
KOUL |
| 9.20 | Verbesserung der Kontrolle städtischer Betriebe
16/SVV/0636 | Fraktion DIE aNDERE
Konsensliste: überweisen
HA |
| 9.23 | Flächennutzungsplan-Änderung "Sportplatz Lerchensteig" (13/16)
16/SVV/0652 | Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
Konsensliste: überweisen
SBV |
| 9.24 | Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass besonderer Ereignisse für das Jahr 2017
16/SVV/0653 | Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
Konsensliste: überweisen
HA |

9.25	Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz bei Leistungen der Feuerwehr der Landeshauptstadt Potsdam (Dritte Feuerwehrkostenänderungssatzung) 16/SVV/0655	Oberbürgermeister, FB Feuerwehr Konsensliste: überweisen KOUL (ff), FA
9.26	Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für Leistungen des Rettungsdienstes der Landeshauptstadt Potsdam (Fünfte Rettungsdienstgebührenänderungssatzung) 16/SVV/0656	Oberbürgermeister, FB Feuerwehr Konsensliste: überweisen KOUL (ff), FA
9.27	Bebauungsplan Nr. 152 "Schulstandort Rudolf-Breitscheid-Straße/ Uhlandstraße", Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung 16/SVV/0657	Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung Konsensliste: überweisen SBV (ff), B/Sp., KOUL, WA KIS
9.28	Bebauungsplan Nr. 142 "Schulstandort Waldstadt-Süd" - Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplanänderung 16/SVV/0658	Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung Konsensliste: überweisen SBV (ff), B/Sp., KOUL
9.35	Erhalt der derzeit im Volkspark betriebenen Beachvolleyballanlage 16/SVV/0644	Fraktion CDU/ANW, SPD Konsensliste: überweisen SBV (ff), B/Sp.
9.40	Konzept für städtisches Carsharing in Potsdam 16/SVV/0665	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Konsensliste: überweisen KOUL (ff), SBV
9.42	Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes anhalten 16/SVV/0668	Fraktion SPD Konsensliste: überweisen SBV (ff), KOUL
9.43	Erweiterung der rechtlichen Grundlagen für den Gestaltungsrat 16/SVV/0669	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Konsensliste: überweisen SBV, HA
9.46	Novellierung Kita-Finanzierungsrichtlinie (KitaFR) 2017 16/SVV/0673	Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie Konsensliste: überweisen JHA (ff), FA, B/Sp.

Mitteilungsvorlagen

- | | | |
|---------|---|---|
| 12.7.1 | Renaturierung des Aradosees durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
16/SVV/0697 | Oberbürgermeister,
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
Konsensliste: überweisen KOUL |
| 12.8.1 | Radverkehrsführung Landtag Brandenburg
16/SVV/0699 | Oberbürgermeister,
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
Konsensliste: überweisen SBV |
| 12.13.1 | Betreuungsqualität in Potsdamer Kitas verbessern - Reale Betreuungszeiten berücksichtigen
16/SVV/0704 | Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
Konsensliste: überweisen JHA |

Nicht öffentliche Anträge

- | | | |
|------|---|--|
| 14.1 | Grundstücksveräußerung in das Treuhandvermögen des Sanierungsgebietes "Potsdamer Mitte"
16/SVV/0651 | Oberbürgermeister,
Fachbereich Rechnungswesen und Steuern
Konsensliste: überweisen HA, FA |
|------|---|--|

Anlage 1

Ausschuss für Bildung und Sport:

Abstimmung:

- 10.01.2017: Termin bleibt im Sitzungskalender bestehen, **wird jedoch voraussichtlich entfallen**
keine Abstimmung
- 14.02.2017: **Verlegung** des Termins **auf den 21.02.2017**, des Weiteren soll hier eine **gemeinsame Sitzung des JHA und des Ausschusses für Bildung und Sport** erfolgen
mit Stimmenmehrheit angenommen.
- 18.07.2017: **Verlegung** des Termins **auf den 11.07.2017**
mit Stimmenmehrheit abgelehnt.
- 19.12.2017: **Verlegung** des Termins **auf den 12.12.2017**
mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Ausschuss für Finanzen:

Abstimmung:

Das Büro der Stadtverordnetenversammlung soll grundsätzlich die Ferien von Ausschusssitzungen freihalten.

mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

In Folge dessen schlägt der Ausschuss für Finanzen folgende Änderungen vor:

Verlegung des Termins vom 30.08.2017 **auf den 20.09.2017**

Verlegung des Termins vom 04.10.2017 **auf den 18.10.2017**

Ausschuss für Gesundheit und Soziales:

Abstimmung:

Die Sitzung am **10.01.2017 entfällt.**

Die Sitzung vom 18.04.2017 wird **auf den 25.04.2017** verschoben.

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Jugendhilfeausschuss:

Abstimmung:

*Am **21.02.2017** wird eine **zusätzliche Sitzung** des Jugendhilfeausschusses in den Sitzungskalender aufgenommen.*

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Rechnungsprüfungsausschuss:

Abstimmung:

*Die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am **02.11.2017** wird **gestrichen.***

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Bezüglich der Sitzungstermine der Ortsbeiräte wird den Ortsbeiräten Marquardt und Uetz-Paaren empfohlen, auch in den Monaten, in denen sie keine Sitzungen geplant haben Termine vorzuhalten, um evtl. Überweisungen aus der StVV vor deren nächster Sitzung beraten zu können.

Dem Ortsbeirat Golm wird für die Sitzung am 16.11.2017 und dem Ortsbeirat Eiche für die Sitzung am 14.12.2017 - soweit dieser nicht eine Sitzung im Januar 2018 plant - empfohlen, diese so zu verschieben, so dass evtl. Überweisungen aus der StVV vor deren nächster Sitzung beraten werden können.

Gegen den so geänderten Sitzungskalender erhebt sich kein Widerspruch.

Anlage 2

Sitzungstermine der Ortsbeiräte:

Satzkorn	Golm
19.01.2017	19.01.2017
16.02.2017	23.02.2017
16.03.2017	16.03.2017
18.05.2017	27.04.2017
22.06.2017	01.06.2017
20.07.2017	29.06.2017
28.09.2017	20.07.2017
19.10.2017	21.09.2017
23.11.2017	19.10.2017
21.12.2017	16.11.2017
Grube	Fahrland
17.01.2017	18.01.2017
21.02.2017	22.02.2017
14.03.2017	22.03.2017
25.04.2017	26.04.2017
16.05.2017	17.05.2017
27.06.2017	21.06.2017
18.07.2017	19.07.2017
26.09.2017	27.09.2017
17.10.2017	18.10.2017
28.11.2017	22.11.2017
19.12.2017	20.12.2017
Eiche	Marquardt
19.01.2017	-
23.02.2017	14.02.2017
30.03.2017	14.03.2017
27.04.2017	25.04.2017
18.05.2017	16.05.2017
29.06.2017	20.06.2017
20.07.2017	-
28.09.2017	26.09.2017
30.11.2017	21.11.2017
14.12.2017	19.12.2017
Groß Glienicke	Uetz-Paaren
-	30.01.2017
14.02.2017	28.02.2017
14.03.2017	28.03.2017
18.04.2017	25.04.2017
16.05.2017	30.05.2017

20.06.2017	27.06.2017
18.07.2017	-
26.09.2017	26.09.2017
21.11.2017	24.10.2017
19.12.2017	28.11.2017
Neu Fahrland	
18.01.2017	
15.02.2017	
15.03.2017	
19.04.2017	
17.05.2017	
21.06.2017	
19.07.2017	
27.09.2017	
22.11.2017	
20.12.2017	

Report der Beauftragten für Migration und Integration der Landeshauptstadt Potsdam 2016

Sehr geehrte Frau Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren!

Entwicklung Zuwanderung

Wir erleben in diesen Jahren eine historische Zeit mit Blick auf die Zuwanderung. Die Wirkung der globalen Politik hat Deutschland, das Land Brandenburg und auch die Landeshauptstadt erreicht. Der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung unserer Stadt hat sich seit 2014 von fünf auf sieben Prozent erhöht; 10,65 Prozent der Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund.

In den letzten zwei Jahren ist die Zahl der Potsdamerinnen und Potsdamer mit einem ausländischen Pass um knapp 4.000 Personen angewachsen. Die Hälfte davon sind Geflüchtete, die in Potsdam Aufnahme gefunden haben. Gut 1.000 Personen zogen aus einem EU-Land nach Potsdam.

In der Struktur der Flüchtlingszuwanderung ist in diesem Jahr eine Veränderung zu beobachten. Während 2015 noch zwei Drittel der in Potsdam aufgenommenen Geflüchteten Männer waren, ist der Anteil der ankommenden Männer und Frauen seit 2016 beinahe ausgeglichen. Es kommen mehr Familien als bisher in Potsdam an, so wuchs der Anteil der Flüchtlingskinder und –jugendlichen von 23 Prozent (2015) auf 34 Prozent (2016). Frauen fliehen genau wie Männer aufgrund von Armut, Hunger, Krieg und Verfolgung; sind aber oftmals auch Opfer von Menschenrechtsverletzungen, die fast ausschließlich Frauen betreffen. Hier stehen wir in der besonderen Verantwortung, uns diesen Problemen zu stellen und Maßnahmen zu entwickeln, um die Frauen und ihre Kinder zu schützen.

Erfolge kommunaler Flüchtlingsarbeit

Es ist ein großer Erfolg, dass in der Stadt 13 (teilweise 14) Gemeinschaftsunterkünfte, verteilt im ganzen Stadtgebiet, eingerichtet werden konnten. Im Umfeld der Einrichtungen sind unterstützende Initiativen aktiv, gefördert u.a. mit kommunalen finanziellen Mitteln. Die Ausländerbehörde mit erweitertem, jedoch bislang nicht vollumfänglich eingearbeiteten, Personalbestand ist enorm gefordert bei der Bearbeitung von aufenthaltsrechtlichen Fragen – beim sich kontinuierlich ändernden Ausländerrecht. Die Auszüge aus den Gemeinschaftsunterkünften werden nach den Möglichkeiten der wachsenden Kommune durch den Bereich Wohnen weitgehend unterstützt; 300 Geflüchtete konnten 2016 in eine Wohnung ziehen. Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie begleitet den Integrationsprozess von über 100 alleinreisenden minderjährigen Flüchtlingen. Die Bereiche „Wohnen“ und „Soziale Leistungen und Integration“ beschäftigen in ihren Teams Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter für die Flüchtlingsklientel. Das ehrenamtliche Engagement erfährt eine koordinierende Unterstützung durch die Verwaltung. Für alle erwachsenen Geflüchteten bietet die Stadt weiterhin 200 Deutschstunden als Willkommensgeschenk an. Die Zahl der BAMF-zugelassenen Integrationskursträger ist in Potsdam vom drei auf acht Träger gewachsen. Es gibt außerdem

hervorragende integrative Projekte, angeboten durch haupt- und ehrenamtliche Kräfte; so z.B. die Deutschkurse in den Gemeinschaftsunterkünften oder in der Lernwerkstatt, ein Gemeinschaftsprojekt von Volkshochschule und Stadt- und Landesbibliothek, wo mit Hilfe von Fachkräften und vielen Ehrenamtlichen der Erwerb von Deutschkenntnissen unterstützt wird. Die zahlreichen Projekte im Bereich Sport, Kultur, Kunst, Handwerk, Begegnung, Bildung... gehören zu wichtigen Integrationsangeboten. Die Stadtverordneten, die Kolleginnen und Kollegen in unserer Verwaltung, in den Beratungsstellen, in den Unterkünften, im Jobcenter, in der Agentur für Arbeit, in den Kitas, Schulen, Hochschuleinrichtungen, Kammern, Wohnungsgenossenschaften, Quartiersstrukturen... geben jeden Tag ihr Bestes bei der Begleitung des Ankommens der Geflüchteten in Potsdam. Viele Geflüchtete, Migrantinnen und Migranten, engagieren sich aktiv für einen gelungenen Integrationsprozess, so z.B. auch die Mitglieder des Vereins der Muslime Potsdam. Es ist wichtig für unsere Stadt, dass der Großteil der Stadtgesellschaft diesen Prozess unterstützt, was im Rahmen der Demonstrationen des Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe“ im vergangenen Jahr klar zum Ausdruck gebracht wurde. Potsdam, meine sehr geehrte Damen und Herren, ist eine **Stadt für Alle!**

Integrationsgesetz: Chancen und Risiken

Was uns alle ganz aktuell beschäftigt, ist das im August 2016 verabschiedete Integrationsgesetz. Mit Änderungen des Sozial-, Aufenthalts- und Asylrechts reagierte die Bundesgesetzgebung auf die Flüchtlingszuwanderung mit dem Beschluss dieses Gesetzes.

Nun sind wir als Kommune gefordert, das Gesetz umzusetzen. Demnächst wird das Arbeitsmarktprogramm „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“ (FIM) starten, wonach Flüchtlinge von der Einreise bis zur Entscheidung über die Anerkennung eine sinnvolle und gemeinwohlorientierte Beschäftigung erhalten sollen – als Heranführung an den Arbeitsmarkt – in 30 Wochenstunden, für eine Mehraufwandsentschädigung in Höhe von 80 Cent pro Stunde. Eine weitere Neuregelung ist die auf drei Jahre befristete gesetzliche Verpflichtung zur Wohnsitznahme für anerkannte Flüchtlinge, Asylberechtigte und subsidiär Schutzbedürftige im Land der Erstzuweisung des Asylverfahrens – wenn dieser Personenkreis auf die Leistungen nach SGB II angewiesen ist. Die Zuweisungskriterien sollen dabei die Möglichkeit der Versorgung mit angemessenem Wohnraum, des Erwerbs deutscher Sprachkenntnisse sowie die Lage am örtlichen Arbeits- und Ausbildungsmarkt sein. Der Zugang zur Ausbildung für geduldete Personen und der abschließende Zugang für zwei Jahre zum Arbeitsmarkt sind deutlich geworden. Für den Erhalt einer unbefristeten Niederlassungserlaubnis müssen Asylberechtigte mit guten Deutschkenntnissen und sich überwiegend selbst versorgend mindestens 5 Jahre warten; in Ausnahmefällen genügen auch weiterhin drei Jahre.

Am 10. Oktober 2016 hatten die Potsdamer Akteurinnen und Akteure der Integrationsarbeit die Möglichkeit, sich im Rahmen eines Fachtages mit dem neuen Gesetz auseinanderzusetzen. Fordern und fördern – ist der Leitgedanke des Gesetzes. Herr Prof. Dr. Knösel von der Fachhochschule Potsdam, Fachbereich Sozial- und Bildungswissenschaften, sagte in seinem Einführungsvortrag zum Gesetz, dass dieses in Teilen einer Integration eher entgegenstünde. Die Vertreterinnen des Brandenburger Flüchtlingsrates bezeichneten Teile des neuen Gesetzes sogar als „Desintegrationsgesetz“. Natürlich kann man sich über den Sinn einer Wohnsitzauflage streiten. Die Einteilung in Flüchtlinge mit guter und schlechter Bleibeperspektive, die das Gesetz vorsieht, wirkt auch m.E. nicht integrationsfördernd. Unabhängig allerdings davon, wie man zum Gesetz steht oder welche Nachteile es hat, ist die Kommune

verpflichtet, die vorgesehenen Regelungen anzuwenden. Hier kommt der Rolle der Ausländerbehörde weiterhin eine große Bedeutung, die auch mit einer deutlichen Mehrarbeit einhergeht. Allerdings muss es m.E. auch die Aufgabe der Ausländerbehörde sein, mit Gestaltungsspielräumen gesetzlicher Regelungen offensiv umzugehen. Dies bedeutet, sich neben der hohen Arbeitsbelastung auch regelmäßig untereinander über Auslegungsfragen zu rechtlichen Regelungen auszutauschen, aber auch bundesweiten Erfahrungsaustausch zu nutzen. Dies bedarf zeitlicher Ressourcen, die zur Verfügung gestellt werden müssen.

Als kommunale Integrationsbeauftragte sehe ich die Chancen bei den Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration, wenn diese zu den persönlichen Interessen der Betroffenen passen.

Was die neue Wohnsitzzuweisung betrifft, steht Potsdam möglicherweise ein zusätzlicher Zuzug von Asylberechtigten, anerkannten Flüchtlingen und Menschen mit subsidiärem Schutz - und später deren nachgezogenen Familienangehörigen aus dem Ausland - aus den berlinfernen Regionen des Landes Brandenburg bevor. Potsdam wird sicher jünger, kinderreicher und reicher um die Ressourcen der Zugewanderten werden. Diese Ressourcen müssen entdeckt, gefördert und genutzt für das Wohl der Betroffenen und der Gemeinschaft genutzt werden. Mit dem Thema der Unterbringung dieser von Obdachlosigkeit bedrohten Gruppe setzt sich bereits federführend der Bereich Wohnen aktiv auseinander. Außerdem werden mehr Integrationskurplätze, Kita- und Schulplätze vonnöten. Möglicherweise wird aktive Gemeinwesenarbeit in den Nachbarschaften notwendig.

An dieser Stelle halte ich es sehr wichtig darauf hinzuweisen, dass Potsdam sehr zügig eine Regelung für die Besetzung der landesfinanzierten Migrationssozialarbeitendenstellen - entsprechend dem neuen Landesaufnahmegesetz bzw. dessen Durchführungsverordnung - findet. Weiterhin möchte ich mein Votum für die Verteilung der zu beschulenden nicht-deutschsprachigen Grundschulkinder an allen Potsdamer Schulen aussprechen.

Kommunale Integrationsstrukturen

Noch 2014 standen die kommunalen Pflichtaufgaben im Bereich der Neuzugewanderten und Flüchtlinge angesichts niedriger Zugangszahlen mehr im Hintergrund der öffentlichen Wahrnehmung. Für die Geflüchteten sicherte das Sozialamt die Unterbringung und Versorgung, die Ausländerbehörde die aufenthaltsrechtlichen Fragen ab. Unsere Ausländerbehörde - als eine von zehn Ausländerbehörden bundesweit - qualifizierte sich in diesen Jahren zu einer Willkommensbehörde - als Teil des Bürgerservicecenters.

2015 änderte sich diese Situation schlagartig durch die massive Flüchtlingszuwanderung. Denn die nach Potsdam zugewiesenen Flüchtlinge mussten aufgenommen und versorgt werden. Dazu kam zusätzlich die Einrichtung der Zentralen Aufnahmestelle des Landes Brandenburg in Potsdam. Durch die Verfügung des Oberbürgermeisters gründete sich eine Projektgruppe, die sich um die Grundstücksfragen, Finanzen, Personal, Ordnungsangelegenheiten, Jugendliche, Unbegleitete Minderjährige, Vertragsangelegenheiten, bürgerschaftliches Engagement und Kommunikation kümmerte. Als Ergebnis dieser Arbeit konnten die neuen Gemeinschaftsunterkünfte gut starten.

Die Entwicklung zeigt aber auch, dass die bis dahin gelebte Praxis einer weitestgehenden Abkopplung ordnungsrechtlicher bzw. asylpolitischer und integrationspolitischer Aufgaben zukünftig nicht zum Erfolg führen kann. Wir brauchen eine enge Verzahnung innerhalb der

unterschiedlichen Strukturen und einen institutionalisierten Austausch der verschiedenen Aufgabenträger. Wir brauchen auch eine stärker strategisch ausgerichtete, besser vernetzte und ressortübergreifende Arbeit. Hier wird es kurzfristig notwendig sein, Aufgabenverteilungen und die Organisation von Flüchtlings- bzw. der gesamten Integrationspolitik neu zu definieren.

Notwendig ist auch, dass wir uns auf harte Daten und Fakten berufen können, wenn es um Erfolge in der Integrationspolitik geht. Mit dem im Jahr 2010 durch das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt eingeführte Integrationsmonitoring kann erkannt werden, wo Integrationsprozesse erfolgreich laufen und in welchen Bereichen Defizite bestehen; Aber auch hier ist es aufgrund der aktuellen Entwicklungen notwendig, das Monitoring weiterzuentwickeln.

Viele von Ihnen haben 2015 gemeinsam mit mir an der Fortschreibung des Integrationskonzeptes für die kommenden Jahre mitgewirkt, zusammen mit über 100 Akteurinnen und Akteuren. Ich halte die erarbeitete Vorlage für ein wichtiges Dokument, das die Basis der Potsdamer Integrationsarbeit umfassend beschreibt. Dieses Papier bietet eine gute Grundlage, in die zeitnah die Auswirkungen der neuen asylpolitischen gesetzlichen Regelungen auf die kommunale Integrationsarbeit eingearbeitet werden können.

Resümee

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Zuständigkeiten in der Verwaltung für die Erledigung der unterschiedlichen Aufgaben in der Integrationsarbeit liegen verteilt in allen Geschäftsbereichen unserer Verwaltung. Integrations- und asylpolitisches Arbeiten in der Kommune braucht neue Ideen, eine solide konzeptionelle Grundlage und eine neue Strukturierung der Zusammenarbeit der Akteurinnen und Akteure innerhalb und außerhalb der Verwaltung. So kann eine frühzeitige und nachhaltige Integration von Geflüchteten in unsere Stadtteile und Wohnquartiere, in unsere Schulen und Kitas sowie in unsere Arbeitswelt gelingen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Magdolna Grasnack

20. Oktober 2016